



	2012	2017
CDU	35,2	41,0
SPD	30,6	29,5
Linke	16,1	13,0
Grüne	5,0	4,5
FDP	1,2	3,0
AfD	–	6,0
Piraten	7,4	1,0

(Prognose von Infratest-dimap um 18 Uhr)

Gestrandet

Überschwemmungen und Erdbeben sorgen für katastrophale Zustände in Peru. Linke helfen

3

Gegängelt

Debatte über »Teilhabereport«. Geringe Bildungschancen für Menschen mit Behinderungen

4

Gehetzt

Belorussische Polizei zerschlägt Demonstration der Opposition. Von Reinhard Lauterbach

7

Geplant

Garnisonkirche: Über einen Streit unter Christen und eine bemerkenswerte Neuerscheinung

10

Atomwaffen? Nein danke!

Vereinte Nationen beraten ab heute über das Verbot nuklearer Rüstung. NATO-Länder wollen Gesprächen fernbleiben. **Von Knut Mellenthin**



Friedensdemonstration in London: Proteste gegen die Pläne der britischen Regierung, das Kernwaffenarsenal des Landes zu erneuern (Juli 2016)

Ab heute verhandeln die Vereinten Nationen zum ersten Mal über ein Verbot der Atomwaffen. Für die deutsche Bundesregierung und die anderen NATO-Staaten, aber anscheinend auch für Russland, ist der bloße Gedanke so abschreckend, dass sie sich nicht einmal an unverbindlichen Vorgesprächen beteiligen wollen. Die Mehrheit der neun Staaten, die derzeit über Atomwaffen verfügen, will die Verhandlungsrunde, die bis zum Freitag dauern soll, boykottieren. Die Merkel-Regierung läuft mit der Herde. Die Gespräche sollen dann zwischen 15. Juni und 7. Juli fortgesetzt werden. Ob und wie es danach weitergehen soll, ist noch offen.

Mit diesen Verhandlungen wird ein Beschluss der UNO-Vollversammlung umgesetzt, der am 23. Dezember 2016 gefasst wurde. 113 Mitgliedstaaten stimmten dafür, 35 – darunter alle NATO-Länder – lehnten ab, und

13 Staaten enthielten sich ausdrücklich. Einige weitere vermieden eine Entscheidung, indem sie an der Abstimmung nicht teilnahmen.

Vorausgegangen war am 27. Oktober 2016 ein Votum des für das Thema zuständigen Ausschusses der UN-Vollversammlung. Damals stimmten 123 Ländervertreter für den Antrag, der die Aufnahme von Gesprächen vorsah, und 38 dagegen. Außerdem gab es 16 Enthaltungen. Die Differenz ergibt sich daraus, dass am 23. Dezember mehrere Staaten »abwesend« waren, die zwei Monate zuvor noch mitgestimmt hatten. Darunter der Atomwaffenstaat Nordkorea, der im Oktober den Antrag unterstützt hatte.

Von den anderen acht Staaten, die Atomwaffen besitzen, votierten die USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und Israel gegen die Aufnahme von Gesprächen. China, Indien und Pakistan enthielten sich. Unter

den europäischen Staaten, die fast alle mit »Nein« stimmten, sind als Ausnahmen Österreich, Schweden und Irland positiv zu erwähnen. Österreich und Irland waren sogar unter seinen Initiatoren. Finnland und die Schweiz enthielten sich immerhin.

Die damals noch von Barack Obama geführte US-Regierung hatte alle NATO-Mitglieder am 17. Oktober in einem vertraulichen Rundschreiben dringend aufgefordert, Gespräche über ein Atomwaffenverbot abzulehnen. Das Thema als solches sei bereits geeignet, die Doktrin der nuklearen Abschreckung zu »delegitimieren«, die gerade erst auf dem Warschauer NATO-Gipfel im Juni 2016 bestätigt worden war.

Spätestens damals wäre der letzte Zeitpunkt für Obama gewesen, seinen erschlichenen Friedensnobelpreis beschämt zurückzugeben. Denn dieser war ihm hauptsächlich für seine Pra-

ger Rede vom 5. April 2009 verliehen worden, in der er von einer »Welt ohne Atomwaffen« geschwärmt hatte.

Am 27. Oktober 2016, dem Tag der ersten Abstimmung der UN-Vollversammlung über die Aufnahme von Verbotverhandlungen, war wenige Stunden vorher auch im Europaparlament eine Entscheidung gefallen. Mit großer Mehrheit hatten die Abgeordneten einem Antrag zugestimmt, der eine schon im August abgestimmte Empfehlung der Vollversammlung begrüßte, »2017 eine Konferenz zu mandatorien, um über ein rechtsverbindliches Instrument zur Ächtung von Atomwaffen zu verhandeln«. Auch eine große Mehrheit der Vertreter von CDU/CSU und SPD hatte diesen Antrag unterstützt. Aber vielleicht lag das an den in der Resolution versteckten heftigen und völlig einseitigen Vorwürfen gegen Russland. Alles hat seinen Preis.

■ Siehe Seite 8

Neue Studie über Doping in der alten BRD



Hamburg. Frühere Top-Leichtathleten aus dem Westen Deutschlands haben zugegeben, zum Teil über Jahre hinweg anabole Steroide eingenommen zu haben. Das geht aus einer unveröffentlichten Dissertation des Pharmazeuten Simon Krivec von der Universität Hamburg hervor, wie die ARD-Dopingredaktion in der »Sportchau« am Samstag berichtete. Der Wissenschaftler hatte 121 männliche ehemalige Spitzensportler des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV) angeschrieben, 61 haben ihm geantwortet, »und 31 Athleten haben die Einnahme von Anabolika bestätigt«, sagte Krivec, dessen Studie die Zeit von 1960 bis 1988 erfasst. Den Athleten sei Anonymität zugesichert worden, doch der ehemalige Diskuswerfer und Olympiateilehmer Klaus-Peter Hennig stimmt der Veröffentlichung seines Namens zu, weil Krivec Verhältnisse so dargestellt habe, »wie sie wirklich früher waren.« (dpa/jW)

■ Siehe Seite 16

Frühe Warnung vor Berliner Attentäter

Düsseldorf. Eine frühe interne Warnung des nordrhein-westfälischen Landeskriminalamts zur hohen Gefährlichkeit des Attentäters vom Berliner Weihnachtsmarkt, Anis Amri, wurde am Wochenende öffentlich. Demnach alarmierte das LKA laut Bild am Sonntag (BamS) das NRW-Innenministerium schon im März 2016, dass Amri einen Terroranschlag planen könnte. Amri hatte am 19. Dezember einen Lkw auf den Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche gesteuert und zwölf Menschen getötet. Wörtlich heißt es in dem LKA-Schreiben laut BamS, dass »nach den bislang vorliegenden, belastbaren Erkenntnissen zu prognostizieren ist, dass durch Amri eine terroristische Gefahr in Form eines (Selbstmord-)Anschlages ausgeht«. Deshalb habe das LKA vorgeschlagen, eine Abschiebung anzuordnen. Als Beleg diente den Ermittlern demnach unter anderem ein überwachter Chat. (dpa/jW)

Gegen rechts, aber ohne auszuschnüffeln

Ver.di-Bundesvorstand weist »Handlungshilfe« gegen AfD-Mitglieder zurück

Der Bundesvorstand der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) hat am späten Freitag nachmittag Stellung zu einer von ihrem Landesbezirk Niedersachsen-Bremen in Umlauf gebrachten »Handlungshilfe für den Umgang mit Rechtspopulisten in Betrieb und Verwaltung« bezogen.

Die Positionen der AfD und Äußerungen ihrer Führungsspitze richteten sich immer wieder gegen die Interessen von Erwerbstätigen, Erwerbslosen und Rentnern. »Ganz gleich ob es um die Anhebung des Rentenalters gehe,

die Abschaffung der gesetzlichen Rentenversicherung, die Absage an eine Erbschafts- und Vermögensbesteuerung oder um oftmals fremdenfeindliche Positionen im Umgang mit Zugewanderten und Flüchtlingen«, hieß es. Gewerkschaftsmitglieder wegen ihrer politischen Haltung auszuschnüffeln, entspreche nicht dem Selbstverständnis von ver.di »und kann und wird für die Organisation niemals handlungsleitend sein«, erklärte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske.

In den Handlungshilfen heißt es: »Betriebs- und Personalräte und die

Jugend- und Auszubildendenvertretung wachen darüber, dass bei der Arbeit niemand benachteiligt wird. Dabei geht es um Benachteiligungen wegen »Rasse oder wegen ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Abstammung oder sonstigen Herkunft, ihrer Nationalität, ihrer Religion oder Weltanschauung (...) oder wegen ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Identität (Betriebsverfassungsgesetz)«. Das friedliche Zusammenleben im Betrieb hänge davon ab, dass engagierte Menschen darauf achten und sich zu Wort melden, wenn es zu ausländerfeindlichen, nationalistischen oder

rechtspopulistischen Vorkommnissen komme.

Ver.di erfasse keine Parteimitgliedschaft von Mitgliedern, erklärte der Bundesvorstand. Bsirske machte zugleich deutlich, dass neonazistische Positionen in der Gewerkschaft keinen Platz hätten. Soweit solche Positionen nachweisbar bezogen würden, verstieße dies gegen die Grundwerte der Organisation und könne zum Ausschlussverfahren führen. Seit der Gründung von ver.di im Jahre 2001 seien aus diesem Grund zwei Ausschlussverfahren notwendig gewesen. (jW)

jW wird herausgegeben von 2.031 Genossinnen und Genossen (Stand 16.3.2017)
 www.jungewelt.de/lpg

